



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Heidi Klein
Tel.: 0221 / 169 65 07
Mail: h.klein@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

An die
Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, FDP, Grünen und Linkspartei
und die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Bundestages

Köln, 09.06.2009

Sorgen Sie für Konsequenzen aus dem PR-Skandal der Deutschen Bahn!

Offener Brief an die Mitglieder des Verkehrsausschusses und die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, Grünen, FDP und Linkspartei

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten uns wegen der Affäre um die verdeckte PR der Deutschen Bahn AG im Jahr 2007 an Sie wenden. Der Vorstandsvorsitzende der DB AG, Rüdiger Grube, hatte auf Hinweise von LobbyControl mit einer externen Untersuchung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG reagiert und die verdeckte PR der Bahn im Jahr 2007 eingestanden. Nach diesem ersten erfreulichen Auftakt ist der Aufklärungswille der Deutschen Bahn allerdings ins Stocken geraten. Deshalb möchten wir Sie bitten, sich für umfassende Aufklärung einzusetzen und politische Konsequenzen aus dem Skandal zu ziehen.

Die Deutsche Bahn hat bislang die Herausgabe von schriftlichen Unterlagen zu der PR-Affäre verweigert. Sie legte weder den Untersuchungsbericht der KPMG, noch den Tätigkeitsbericht der mit der verdeckten PR beauftragten Agentur EPPA offen. Auch eine komplette Übersicht aller verdeckten PR-Maßnahmen aus dem Jahr 2007 legte sie bisher nicht vor. Zunächst hieß es, es werde eine Zusammenfassung des KPMG-Berichtes geben – dann wurde jedoch auch dieser als nicht veröffentlichungsfähig deklariert. Als Begründung verweist sie auf die Persönlichkeitsschutz-Rechte des entlassenen Generalbevollmächtigten für Marketing und Kommunikation. Diese seien höher zu bewerten als das öffentliche Interesse an der schriftlichen Offenlegung des KPMG-Berichtes.

Auch ein Gespräch zwischen Deutsche Bahn AG, KPMG und LobbyControl am vergangenen Freitag brachte nicht die gewünschte Offenlegung. Eine lückenlose Aufklärung, wie sie Bahnchef Grube angekündigt hatte, sähe anders aus. Deshalb ist nun die Politik gefragt, die notwendige Aufklärung durchzusetzen und für die Zukunft verpflichtende Transparenzregeln zu schaffen.

Wir möchten Sie daher bitten, sich für die nötigen politischen Konsequenzen aus der PR-Affäre der Bahn einzusetzen:

1) Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters

Der Fall der verdeckten PR-Arbeit bei der Deutschen Bahn zeigt, dass wir dringend mehr Transparenz über die Arbeit von Denkfabriken und Lobbyagenturen in Deutschland brauchen. Wir fordern Sie auf, unverzüglich eine Initiative für ein verpflichtendes Lobbyistenregister zu starten, in dem alle Lobbyisten ihre Kunden und

Finanzierung offen legen müssen. Die Verbändeliste des Deutschen Bundestag wird dem Problem nicht mehr gerecht. Mehr Informationen zur Ausgestaltung eines sinnvollen Lobbyistenregisters haben wir in einem Positionspapier dargestellt: „Mehr Transparenz und Schranken für den Lobbyismus“, online unter www.lobbycontrol.de/download/Mehr%20Transparenz_LobbyControl_Dez08.pdf

2) Einführung einer Karenzzeit für ehemalige Regierungsmitglieder

Die Lobbyarbeit der Deutschen Bahn zeigt deutlich die Problematik von Seitenwechseln aus der Politik in Lobbytätigkeiten. Bitte setzen Sie sich für eine mindestens dreijährige Karenzzeit für die Kanzlerin, die Minister, Staatsminister, parlamentarische und beamtete Staatssekretäre sowie Referatsleiter ein. Innerhalb dieser Karenzzeit muss ein Wechsel in Lobbytätigkeiten verboten sein. Angesichts des bisherigen Lobbyistennetzwerkes der Bahn sind Karenzzeiten in einem föderalen System wie Deutschland auch auf Länderebene notwendig.

3) Untersuchung der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit der Deutschen Bahn AG

Nötig ist eine grundsätzliche Untersuchung der Lobby- und PR-Arbeit der Deutschen Bahn für die Bahnprivatisierung in den letzten Jahren. Dabei muss auch konkret danach gefragt werden, inwieweit die Entscheidung für eine Teilprivatisierung der Bahn im Jahr 2008 durch die verdeckten Aktivitäten beeinflusst wurden. Angesichts der von der Deutschen Bahn angewandten Methoden und der gezielten Täuschung von Öffentlichkeit und Politik muss die 2008 getroffene, aber momentan ausgesetzte Entscheidung für eine Teilprivatisierung neu überdacht werden.

4) Die Deutsche Bahn auf saubere Interessenvertretung verpflichten

Die Bundesregierung als Eigentümerin und der Deutsche Bundestag müssen die künftige Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Bahn AG genau kontrollieren und für umfassende Transparenz sorgen. Die Deutsche Bahn als öffentliches Unternehmen sollte Vorbildcharakter in Transparenz und Vermeidung undemokratischer Lobbypraktiken haben. Sie sollte daher verpflichtet werden, alle Lobby-Verträge und deren Vergabe offen zu legen, auf das Anwerben von Politikern innerhalb einer dreijährigen Karenzzeit zu verzichten und unethische oder manipulative Einflussmethoden wie verdeckte PR- und Lobbyarbeit zu unterlassen.

Bitte informieren Sie uns, was Sie in dieser Sache unternehmen. Wir bedanken uns für Ihr Engagement für eine transparente Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen,

Heidi Klein
LobbyControl-Vorstand